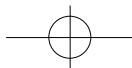
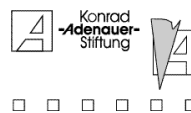
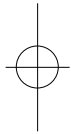
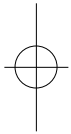
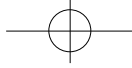


OSWALDO PAYÁ SARDI AS UND DAS VARELA-PROJEKT

Der friedliche Kampf um die
demokratische Öffnung in Kuba





Und das Varela-Projekt : der freidliche kampf um die demokratische
Offnung in Kuba - 1a ed. - Buenos Aires : Konrad Adenauer
Stiftung, 2005.
64 p.; 23x16 cm.

ISBN 950-9431-97-4

1. Ciencias Políticas. I. Título
CDD 320

© Konrad-Adenauer-Stiftung
Suipacha 1175, Piso 3º
C1008AAW - Ciudad de Buenos Aires
Rep blica Argentina
Tel.: (54-11) 4326-2552
info@kas.org.ar
www.kas.org.ar

© Fundaci n CADAL
Av. Roque S enz Pe a 628. Piso 2 "R"
C1035AAO - Ciudad de Buenos Aires
Rep blica Argentina
centro@cadal.org
www.cadal.org

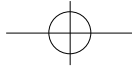
ISBN 950-9431-97-4

Printed in Argentina
Zahlung der Geb hren gem ss Ley 11.723 ist erfolgt.

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk sowie einzelne Teile sind urheberrechtlich
gesch tzt. Eine Verwendung in anderen als den gesetzlich zugelassenen F llen
ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung der Konrad Adenauer Stiftung e.V.
nicht zul ssig.

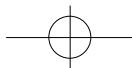
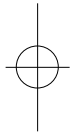
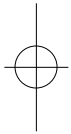
Druck der deutschen Fassung: Juni 2005

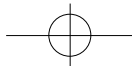
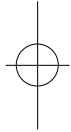
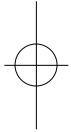
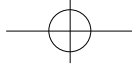
Spanische Originalausgabe: Mai 2003

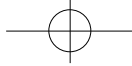


Inhalt

Einleitung Gabriel Salvia und Hans Blomeier	7
Oswaldo Joasé Sardiñas: Architekt des Varela-Projekts Regis Iglesias	15
Brief an den Präsidenten der Nationalen Volksversammlung Oswaldo Payá Sardiñas	29
Begründung des Varela-Projekts Oswaldo Payá Sardiñas	33
Das Varela-Projekt und die Mobilisierung der zivilen Gesellschaft in Kuba Janisset Rivero	51





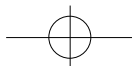


Einleitung

Am 10. Mai 2002 hat eine von Oswaldo Payá Sardiñas angeführte Gruppe kubanischer Bürger die demokratische Welt positiv überrascht, als sie von der Nationalen Volkskammer Kubas, der *Asamblea Nacional del Poder Popular de Cuba*, die Abhaltung eines Referendums forderten. Der Antrag wurden unter dem Namen Varela-Projekt (*Proyecto Varela*) gestellt. Die argentinische Tageszeitung „La Nación“ nannte das Ereignis eine „für das Castro-Regime noch nie da gewesene Herausforderung“.

Wenige Tage nach der Einreichung des Varela-Projekts hielt der ehemalige amerikanische Präsident Jimmy Carter während seines Besuches auf Kuba einen Vortrag an der Universität von Havanna. In Anwesenheit des Diktators Castro wies er positiv auf das Varela-Projekt hin und empfahl seine Verbreitung. Es war das einzige Mal, dass die Kubaner über die staatlichen Medien etwas von der Existenz des Varela-Projekts erfuhren.

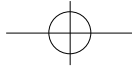
Ein Jahr nach der Einreichung der von 11.020 Unterschriften getragenen Initiative – die geltende Verfassung sieht ein Minimum von 10.000 Unterschriften vor – antwortete die kubanische Regierung zunächst mit einer



Art Referendum-Parodie und anschließend mit einer Welle massiver Verhaftungen friedlicher Oppositioneller. Unter den 76 Verhafteten befanden sich auch Mitstreiter des Varela-Projekts sowie Mitglieder der Christlichen Befreiungsbewegung (*Movimiento Cristiano de Liberación - MCL*), deren Vorsitzender Oswaldo Payá Sardiñas ist. In einem Interview vom 18 April 2003 mit Gilberto Figueroa Álvarez, Direktor der Zeitschrift *Cartas de Cuba*, sagte Oswaldo Payá Sardiñas:

„Die gegen die Opposition ausgelöste Repressionswelle soll den Dissidenten den Todesstoß versetzen und richtet sich insbesondere gegen die Initiative des Varela-Projekts. Die Statistiken sprechen von 76 Verhaftungen. Unter den Inhaftierten sind 42 Koordinatoren des Varela-Projekts. Weitere Inhaftierte haben zwar nicht bei der Koordination des Comité Ciudadano mitgewirkt, sich aber sehr wohl am Projekt beteiligt. Es gibt ferner Inhaftierte, die sich gegen das Projekt ausgesprochen haben. In jedem Fall handelt es sich um bekannte und verdienstvolle unabhängige Journalisten.

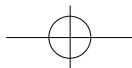
Eine nähere Betrachtung der Statistiken bestätigt diese Zusammenhänge. So gehörten zum Beispiel in Santiago de Cuba von den 7 zu Gefängnisstrafen verurteilten Dissidenten 6 dem Varela-Projekt an. In der Provinz Las Tunas gehörten 5 der 6 Verhafteten dem Varela-Projekt an. In der Provinz Havanna gehörten alle 5 Verhafteten dem Projekt an. Mit der einzigen Ausnahme von Havanna-Stadt, wo es zu 33 bzw. 34 Verhaftungen kam, von denen 9 oder 10 dem

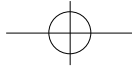


Varela-Projekt nahe standen, ergibt sich aus den statistischen Zahlen im restlichen Land klar, dass die Repression ausdrücklich das Ziel verfolgte, die Führung des Varela-Projekts zu zerschlagen.

Zu der Verhaftungswelle sah sich das Regime veranlasst, weil Tausende und Abertausende sich dem Varela-Projekt näherten. Darin drückt sich spürbar das Bedürfnis in der Bevölkerung aus, politische Veränderungen herbeizuführen. Dabei hat das Varela-Projekt nicht nur die Richtung vorgegeben, die die Bevölkerung mehrheitlich verwirklicht sehen will, sondern auch dazu beigetragen, die Mauer der Angst niederzureißen. Genau dies aber dürfte die panikartige Reaktion des Regimes ausgelöst haben.

Die Forderung nach Veränderungen kündigt einen kubanischen Frühling an, dessen Häftlinge die Dissidenten sind. Von Frühling zu sprechen ist auch deswegen gerechtfertigt, weil ein Teil der Bevölkerung beginnt sich aus der Angst zu lösen. Noch stellt das Varela-Projekt keine Massenbewegung dar. Es ist aber ihre Vorhut und die Bürger, die das Projekt-Varela unterschreiben, ihre ersten Mitglieder. Damit will ich nicht diejenigen Verhafteten gering schätzen, die sich dem Varela-Projekt nicht angeschlossen haben. Es handelt sich dabei um zahlreiche unabhängige Journalisten, die allein deswegen inhaftiert wurden, weil sie die Wahrheit verkünden und weil sie Teil einer Bürgerbewegung in Kuba sind, die weit über das Varela-Projekt hinausreicht. Das Varela-Projekt ist lediglich ein genau beschriebener Weg, den wir auch

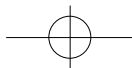


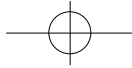


weiterhin verfolgt werden. Dabei geht es uns darum von der Basis aus und mit dem Volk zusammen für unsere Rechte zu kämpfen.“

So zeigt die am längsten währende Diktatur Lateinamerikas ihre Furcht angesichts der Möglichkeit sich in freien Wahlen dem Urteil des Volkes stellen zu müssen. Grundlage des Castro-Regime ist die Unterdrückung und die Angstherrschaft, die es über die Bevölkerung ausübt. Allerdings hat die kubanische Regierung aus gutem Grund in diese am 18. März 2003 eingeleitete Repressionswelle die wichtigste Bezugsfigur der Opposition nicht mit einbezogen, da Payá auf breite Unterstützung bei der internationalen Gemeinschaft zählen kann.

Oswaldo José Payá Sardiñas ist der Gründer der Christlichen Befreiungsbewegung und Verfasser des Varela-Projekts. Seine Bewegung stellt zum ersten Mal eine anerkannte Opposition zur kubanischen Diktatur dar. Der Bürgerrechtler hat bereits mehrere internationale Auszeichnungen für seine Verteidigung der Menschenrechte erhalten und wurde 2003 für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Am 30. September 2002 wurde ihm in Washington DC von der Abteilung Internationale Angelegenheiten des US-amerikanischen National Democratic Institute den XV. Harriman-Demokratie-Preis verliehen. Diese große Ehre teilte der Gründer und wichtigste Vertreter des Varela-Projekts mit der durch ihren Generalsekretär vertretenen Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS). Die Auszeichnung gehört mit zu den

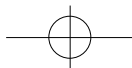


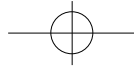


wichtigsten, die in den Vereinigten Staaten an Politiker vergeben wird. Sie wird solchen Institutionen und Persönlichkeiten verliehen, die sich für die Werte der Demokratie, der Menschenrechte und des Wirtschaftswachstums einsetzen.

Am Mittwoch, dem 23. Oktober 2002 erhielt Payá den Sacharow-Preis des Europaparlaments, das damit seinen Einsatz für die Menschenrechte und die Gedankenfreiheit würdigte. Der Preis bringt die „Anerkennung für seinen Einsatz im Dienste der Demokratie und der Grundfreiheiten zu Ausdruck, den er von Kuba aus und unter Gefährdung seiner persönlichen Sicherheit leistet“, erklärte der Sprecher des spanischen Partido Popular, Gerardo Galeote. Für den spanischen Europa-Abgeordneten José Ignacio Salafranca „gehört Oswaldo Payá ebenso wie Andrej Sacharow zu den wichtigsten Vertretern des Kampfes gegen den Totalitarismus und steht in Kuba für die Menschenrechte. Payá ist der Begründer der Koalition aller Oppositionskräfte zugunsten eines demokratischen nicht gewaltsamen Übergangs des Castro-Regimes“. Zu den Sacharow-Preisträgern gehören Persönlichkeiten wie der ehemalige südafrikanische Präsident Nelson Mandela, der Präsident von Ost-Timor Xanana Gusmao und der albanosoware Führer Ibrahim Rugova sowie die baskische Bürgerplattform Basta Ya.

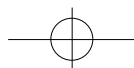
Knapp 24 Stunden nach der Auszeichnung mit dem Sacharow-Preis verlieh die Universität Miami (UM) Oswaldo Payá Sardiñas einen Dokortitel *honoris causa* in Literatur und Geisteswissenschaften. In Schweden bildete

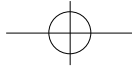




sich das Skandinavische Komitee, das die Kandidatur von Payá für den Friedensnobelpreis 2003 unterstützte. Es setzte sich wie folgt zusammen: Birger Thuresson, Erik Jennische, Helen Richard, Alexis Gainza, Carlos Estefania, Jesus Hernandez, Hanna Hellquist, Peter Götell, Fredrik Malm, Johan Karlsson, Henrik G. Ehrenberg, Douglas Brommesson, Eric Erfors, Andres Mamsten, Erik Ullenhag, Helena Söderqvist, Jakob Forssmed, Göran Homströmn, Nadine Ericsson, Henrik Friberg, Carl B. Hamilton und Madeleine Sjöstedt. Die Persönlichkeit Payás und die Initiative des Varela-Projekts finden auch weitreichende Unterstützung unter den Exilkubanern in Miami. Nach einer von der Grupo de Estudios Cubanos (GEC) in Auftrag gegebenen Umfrage glauben 68 Prozent der Exilkubaner, dass das Varela-Projekt eine gute Sache ist, während 23 Prozent die gegenseitige Meinung vertreten. Wenn man den Befragten erklärt, worin die Initiative besteht, steigt die zustimmende Meinung auf 82%, während der Anteil der Gegner auf 10% sinkt.

Dennoch brauchen Oswaldo Payá und das Varela-Projekt weiterhin verstärkte Unterstützung durch die Demokratien weltweit. Aus diesem Grund will dieser Text die öffentliche Meinung über die kubanische Realität unterrichten, die die Demokratie und die Menschenrechte fördert. Es ist aber auch eine Respektbezeugung für Oswaldo Payá Sardiñas und alle friedlichen Bürgerrechtler, die sich in Kuba für die in sämtlichen zivilisierten Ländern der Welt anerkannten Prinzipien einsetzen. Zudem bedeutet diese Publikation zum derzeitigen Zeitpunkt eine Unterstützung



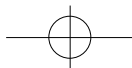
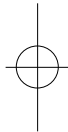
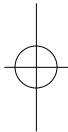


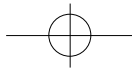
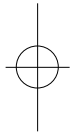
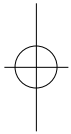
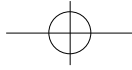
für all diejenigen, die in Kuba verfolgt, eingeschüchert, festgenommen, verurteilt, inhaftiert und aus Universitäten und Arbeitsplätzen ausgestoßen werden, weil sie das Varela-Projekt unterstützen oder über andere friedliche Wege die demokratische Öffnung Kubas zu fördern suchen. Unter den Inhaftierten befindet sich auch Regis Iglesias, der Verfasser der Biografie von Payá, die in dieser Veröffentlichung abgedruckt ist.

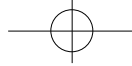
Wir hoffen, hiermit einen bescheidenen Beitrag zu der Anerkennung der Anstrengungen leisten zu können, welche die aufstrebende zivile Gesellschaft in Kuba macht und so ein weiteres Zeichen internationaler Solidarität für die Achtung der Grundrechte in Kuba zu setzen.

GABRIEL SALVIA
Exekutivdirektor
CADAL
Argentinien

HANS BLOMEIER
Landesbeauftragter
Konrad Adenauer Stiftung
Argentinien





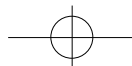


Oswaldo Jos Pay Sardi as: Der Architekt des Varela-Projekts

Regis Iglesias

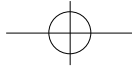
Oswaldo José Payá Sardiñas wurde am 29. Februar 1952 geboren und ist der fünfte von sieben Geschwistern. Sein Vater, Alejandro Payá, war von Beruf Kaufmann. Die Familie Payá war zu Beginn des 20. Jahrhunderts nach Cuba ausgewandert. Die Mutter von Oswaldo Payá, Iradia Sardiñas, hat ihre Kinder in der Liebe und im Glauben der katholischen Kirche erzogen. Ihre Eltern waren kubanische Kaufleute, die die damaligen Chancen nutzten, um ein Geschäft zu betreiben. Die Familie Payá Sardiñas hat nie Beziehungen zu den jeweiligen Regierungen noch zu der Diktatur Fulgencio Batistas unterhalten.

Oswaldo besuchte die öffentliche Grundschule im Stadtviertel Cerro von Havanna. Später besuchte er die katholische Schule der Maristen (Champagnat), bis die neue revolutionäre Regierung die prestigeträchtige Institution schloss. Es begannen schwierige Jahre der Verfolgung. Die Familie wurde von Anfang an durch das Castro-Regime verfolgt, da sie keine Sympathie für die kommunistische Ideologie empfand und weiterhin der katholischen Kirche angehörte. Während und auch nach der gescheiterten Landungsaktion der Exilkubaner im



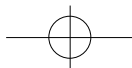
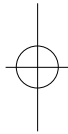
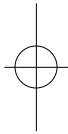
April 1961 in der Schweinebucht (Playa Girón) sah sich seine Familie den ersten Verfolgungen seitens des Regimes ausgesetzt. Später wurden solche Verfolgungsaktionen als „actos de repudio“ bezeichnet. Ein gut organisierter mit Lautsprechern ausgestatteter Mob, der sich aus Milizangehörigen und Parteiagenten zusammensetzte, baute sich vor seinem Haus auf und drohte, beleidigte und schrie immer wieder „An die Wand mit ihm“, bewarf das Haus mit Steinen und terrorisierte Frauen und Kinder. Sämtliche Männer der Familie wurden verhaftet und die Mutter mit sechs Kindern sah sich Terrorakten ausgesetzt, die sie Zeit ihres Lebens prägen sollten. Auch heute wird die Familie Oswaldo Payas ständig beschattet und als „Würmer“ (*gusanos*) beschimpft. Als Würmer werden solche Bürger verleumdet, die sich weigern dem Regime bedingungslos zu folgen. Auch während der schlimmsten Verfolgungszeit blieben Oswaldo und seine Familie der Kirche treu, was ihnen Anfeindungen und gesellschaftliche Ausgrenzung einbrachte. Bis heute steht sein Haus unter ständiger Bewachung und wurde bereits mehrmals durchsucht.

In der Grundschule, in der es unter dem Regime üblich ist dem Pionierbund der Partei beizutreten, (Präambel des Verbandes der kommunistischen Jugend), war Oswaldo der einzige Schüler, der sich weigerte dem Bund anzugehören. Diese Haltung brachte ihm auch in der Schule Anfeindungen und Diskriminierung seitens der Lehrer ein. Auf der weiterführenden Schule wurde er ebenfalls wegen seiner Haltung angeprangert und über-



wacht. Nach dem Einmarsch der russischen Panzer in die damalige Tschechoslowakei erzeugte Oswaldo auf der Schule ein protschechisches Klima und kritisierte offen den sowjetischen Überfall. Fidel Castro war damals der einzige Regierungschef in der westlichen Hemisphäre, der die Invasion unterstützte. Oswaldo wurde von der polizeiartig vorgehenden Schulleitung angeklagt, „Rädelsführer“ der Studenten zu sein, die auf Seiten der Tschechen standen. Viele Mitschüler reagierten solidarisch und verleugneten nicht ihre Unzufriedenheit mit der „Revolution“, eine Haltung, die als Gefahr interpretiert wurde.

Seine offenkundig kritische Einstellung dem Regime gegenüber kostete ihm seine Freiheit. Im Mai 1969 wurde er in ein Straflager gebracht, in dem er Zwangsarbeit verrichten musste. Im Wesentlichen musste er im Steinbruch der Isla de Pinos, heute Isla de la Juventud, arbeiten, die sich im südwestlichen Teil der Hauptinsel befindet. Später wurde er während der sogenannten „10 Millionen Zuckerrohrernte“ auf die Zuckerrohrplantagen der Provinz Camagüey gebracht und musste dort unter menschenunwürdigen Bedingungen arbeiten. Er wurde wiederholt bestraft und verschiedentlich 18 Stunden lang täglich in den Zuckerrohrfeldern gelassen, weil er das Arbeitsregime ablehnte. Er wurde mehrmals verlegt, da er als „Rädelsführer“ und schlechtes Beispiel für die Inhaftierten galt. Schließlich wurde er auf die Isla de Pinos zurückgebracht. Dort verblieb er bis 1972. Die Isla de Pinos wurde zu einer Art Großgefängnis, das ohne entsprechende Genehmigung nicht verlassen werden durfte und in



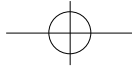
dem unter brutalen Bedingungen 60 Stunden in der Woche gearbeitet werden musste. In dieser Zeit gab ihm der Bischof von Havanna, Monseñor Francisco Oves, die Schlüssel der Kirche, die nur von zwei oder drei Greisen aufgesucht wurde. Während er im Steinbruch arbeitete, lebte er dort, arbeitete in der Kirche, predigte, hielt die Kommunion für die Kranken ab. Er stellte das Haus Gottes vielen *Confinados* zur Verfügung und bot ihnen ein Heim ohne Unterschied ihres Glaubens an. Auch Nichtgläubige kamen zu ihm, ebenso wie viele der jugendlichen Verbannten. Der militärische Spionageabwehrdienst sah darin eine nicht tolerierbare Situation. Er verhörte Payá mehrmals und legte eine entsprechende Akte über ihn an. Dennoch gelang es Payá an einer Abendschule zu studieren, wo der Direktor ihm erlaubte bestimmte Fächer zu belegen, so dass er den universitätsvorbereitenden Kurs absolvieren konnte.

1972 wurde Payá aus der Strafkolonie entlassen und durfte nach Hause. Kurz darauf schreibt er sich im Fachbereich Physik der Universität Havanna ein. Auch dort wurde er ausgegrenzt, weil er praktizierender Christ war und sich klar gegen den Marxismus aussprach, eine für einen Studenten der damaligen Zeit undenkbare Haltung. Von den Dozenten wurde er ebenfalls diskriminiert und musste schließlich die Universität verlassen. Es gelang ihm mit Hilfe einiger Freunde sich an einer Abendschule ohne die entsprechende Bürgschaften der Arbeitszentren einzuschreiben und Pädagogik und Physik zu studieren. Er versucht wiederholt eine Arbeit zu finden, wurde aber

nirgendwo angenommen, da bereits damals die kubanische kommunistische Partei (*Partido Comunista Cubano* „PCC“) über ihre sogenannte „Kaderstelle“ entschied, wer das Recht zu arbeiten hatte und wer nicht. Schließlich gelang es ihm als Gehilfe in einer Tischlerei zu arbeiten, wo er die niedrigsten Arbeiten zu verrichten hatte. Es gelang ihm später als Lehrer zu arbeiten und sich in Abendschulen einzuschreiben und die Fächer zu belegen, die er brauchte, um das Studium als Telekommunikations-Ingenieur abzuschließen. Er musste jedoch die Lehrtätigkeit wieder aufgeben, weil er die Anforderungen der politischen Indoktrinierung der Schüler nicht erfüllte und zu den Studenten in einer anderen Sprache und von anderen Welten sprach als die vom Regime gebilligten. Seinem jüngeren Bruder, der in die gleiche Schule ging, wurde die Aufnahme in eine Universität mit der Begründung verwehrt, er sei politisch-ideologisch problematisch. Weitere Geschwister von Oswaldo wurden aus dem gleichen Grunde ebenfalls von der Universität ausgeschlossen. 1980 kamen ihn in Miami lebende Familienangehörige über den Hafen Mariel holen. Oswaldo weigerte sich jedoch auszuwandern. Auch wenn von seiner Familie niemand auswandern wollte, so organisierten die Repressionseinheiten und die PCC erneute „actos de repudio“ vor seinem Haus, in dem verschiedlich auch andere vom Mob verfolgte Kubaner Zuflucht suchten, so dass das Haus von Oswaldo schließlich vom Staatssicherheitsdienst unter Bewachung gestellt wurde. Zu Beginn der achtziger Jahre arbeitete er im Bereich „Öffentliche Gesundheit“ als Spezialist in

elektromedizinischen Geräten. Er wurde ständig beschattet und angefeindet. Die Mitglieder der Repression begannen, ihm „Besuche“ an seinem Arbeitsplatz abzustatten. Er wurde aus nächster Nähe, aber auch aus der Ferne überwacht. Er wurde auch einmal auf offener Strasse auf seinem Weg zum Krankenhaus, wo er ein wichtiges medizinische Gerät zu reparieren hatte, verhaftet. Häufig verfolgte ihn die Staatssicherheit auf der Straße mit mehreren Autos, während Payá Fahrrad fuhr. Sie folgten ihm in die Kirche, an den Arbeitsplatz, es wurden Wachposten vor seinem Haus aufgestellt, die jeden, der sich näherte nach seinem Ausweis fragten. Das Ganze wurde zu einer Art Gefängnis in der Öffentlichkeit. Diese Art der Beschattung wiederholte sich häufig. Manchmal begleiteten ihn 6 bis 8 Beamte über drei bzw. vier Tage hinweg auf Schritt und Tritt.

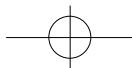
Der Gerechtigkeit und Wahrheit verpflichtet, nahm Payá im Februar 1986 als Delegierter der Diözese von Havana am kubanischen Kirchentag *Encuentro Nacional Eclesial Cubano* (ENEC) teil. Das von ihm vorbereitete Dokument „Glaube und Gerechtigkeit“ (*Fe y Justicia*) setzte sich für das Recht der katholischen Kubaner ein, ihrem Glauben frei nachgehen zu dürfen. Die Freiheit war damals wie heute ein sehnsüchtigen Wunsch der Kubaner und nur in einem Klima der Gerechtigkeit und der Aussöhnung realisierbar. Er rief auch die Kirche auf, die Rechte der Kubaner zu verteidigen und Ungerechtigkeiten anzuprangern. Allerdings verhallten seine Worte ergebnislos in einer Umgebung, in der auf Vorsicht gesetzt wur-

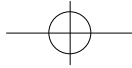


de und deren Tenor in einer Zeit, in der sich der Totalitarismus über Russland und Osteuropa ausgebreitet hatte, darauf hinauslief, sich mit dem Kommunismus zu arrangieren und dem System unterzuordnen.

Im gleichen Jahr heiratete Payá standesamtlich und kirchlich die ausgebildete Bauingenieurin Ofelia Acevedo Maura, mit der er eine glückliche Familie gründete, in der seine drei Kinder Oswaldo José (heute 14 Jahre alt), Rosa María (heute 13 Jahre alt) und Reynaldo Isaías (10 Jahre alt) aufwuchsen.

In diesen Zeit entstand auch die Christliche Befreiungsbewegung. Im Jahr 1987 gründete Payá zusammen mit einer Gruppe Laien die *Peña del Pensamiento Cubano* in der Pfarrei des Bezirks El Cerro. Die Gruppe legte auch die Zeitschrift *Pueblo de Dios* auf, die erste unabhängige und autonome Veröffentlichung, die sich für die Freiheit nicht nur der Katholiken, sondern aller Inselbewohner einsetzte. 1988 sah sich der Bischof von Havanna, Jaime Ortega, nach entsprechenden Ermahnungen des Büros für religiöse Angelegenheiten des PPC genötigt, die Zeitschrift und die *Peña Cristiana* zu schließen. Im gleichen Jahr gründete Payá Sardiñas die Christliche Befreiungsbewegung. Damit begann eine neue Phase des gewaltfreien und bürgerrechtlichen Kampfes um die nationale Aussöhnung. Eine solche Bewegung hatte es bis dahin in den beinahe 30 Jahren totalitärer Regierung in Kuba nie gegeben. Im März 1990 wurde Oswaldo Payá verhaftet und mehrere Tage lang von der politischen Polizei des Regimes gefangen gehalten. Er wurde verhört und mit Freiheitsentzug bedroht, sollte

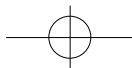
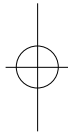
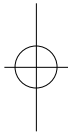


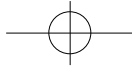


er seinen gewaltfreien bürgerrechtlichen Kampf fortsetzen.

Nach seiner Freilassung veröffentlichten Oswaldo Payá und seine MCL einen „Aufruf zum Nationalen Dialog“ unter allen Kubanern auf der Insel und im Ausland. Der Aufruf bildete den Auftakt für die von der 1992 novellierten Verfassung vorgesehene Sammlung von 10.000 Unterschriften zur Einreichung einer Gesetzesvorlage (Varela-Projekt). In dieser Gesetzesvorlage wurde die Forderung gestellt ein Volksbegehren durchzuführen.

Die Unterschriftensammlung verbreitete sich bald landesweit bis am 11. Juni 1991 ein von der Regierung organisierter Mob das Haus von Payá stürmte. Die Fremden drangen in die Wohnung Payás ein, in das Hunderte von Bürgern strömten, um die Initiative des *Dialogo Nacional* zu unterstützen. Der aus Mitgliedern der Regierung und der Staatssicherheit bestehende Mob veranstaltete einer seiner „actos de repudio“, stürmte und plünderte das in der Straße Santa Teresa 63 gelegene Haus im Bezirk El Cerro. Ungeachtet der Tatsache, dass sich in dem Haus zwei kleine Kinder und die schwangere Frau con Payá befanden, wurde auch die Hauswand mit aggressiven Sprüchen wie „Payá Agent der CIA“, „Wurm“, „Es lebe Fidel“, „Nieder mit Payá“ beschmiert. Ca. 8 Jahre wurde nichts unternommen, um die mit Teer beschmutzte Wand wieder zu säubern. Oswaldo brachte nach diesem Vorfall seine Familie zu seinen Schwiegereltern, wo sie trotz des von der Staatssicherheit ausgeübten Drucks aufgenommen wurde. Er selbst erlitt über 8 Jahre ein internes Exil und

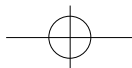


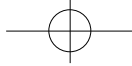


wurde täglich von entsprechenden damit beauftragten Agenten beschattet.

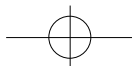
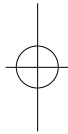
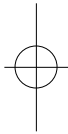
Im Jahr 1992 machte Payá zum ersten Mal seine Absicht publik, als Abgeordneter der Nationalen Volksversammlung antreten zu wollen. Die Staatssicherheit reagierte mit neuen Repressalien, mit denen versucht wurde, den führenden Politiker der MCL an der Ausübung seines Verfassungsrechts „gewählt zu werden“ zu hindern. Zwei Tage vor der sogenannten *Asamblea de la Postulación*, auf der die Kandidaten nominiert werden, verhaftete ihn die Polizei in seinem Haus und führte ihn bewacht als abschreckendes Beispiel durch das gesamte Stadtviertel. Sie brachten Payá in ein Zentrum der sogenannten Komitees zur Verteidigung der Revolution (*Comités de Defensa de la Revolución*). Dort erwarteten ihn Polizeibeamten der PCC, die ihm androhten „Blut fließen zu lassen, sollte er nicht darauf verzichten, für das Amt eines Abgeordneten in der Nationalversammlung zu kandidieren“. Solche Versammlungen wurden von der PCC einberufen und fanden unter polizeilicher Bewachung statt. Das Verfahren dauert nur wenige Minuten und Teilnehmer sind ausschließlich Mitglieder der kommunistischen Partei.

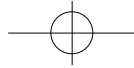
1992 begann Payá das „Übergangsprogramm“ (*Programa Transitorio*) zu erarbeiten, das einen integralen Weg zur friedlichen Veränderung der kubanischen Gesellschaft vorschlug. 1993 wurden erneut Unterschriften für ein Referendum über das Übergangsprogramm gesammelt. Die Ereignisse, die mit dem Exodus im Sommer 1994 endeten, haben diesen Versuchen ein Ende gesetzt.





Bis zum heutigen Tag wird Oswaldo Payá praktisch im eigenen Land gefangen gehalten. Mehrmals wurde er in den letzten Jahren zu Veranstaltungen der Christdemokratischen Internationalen sowie zu weiteren in Polen, Spanien, Litauen, Venezuela, Chile, Mexiko und anderen Staaten Europas, Lateinamerika und Nordamerika veranstalteten Menschenrechtsforen eingeladen. So auch zu der Konferenz der Menschenrechte 1998 in Warschau. Er durfte jedoch Kuba nicht verlassen. Während all dieser Jahre hat die kubanische Regierung ein Verbot gegen ihn verhängt, das ihm nicht gestattet auszureisen und dann erneut in seine Heimat zurückzukehren. Dieses Verbot erstreckt sich auch auf seine Frau Ofelia Acevedo Maura, die eine Einladung zu einem Kurs der Universität Valencia in ihrem Spezialgebiet Hydraulik ausschlagen musste, obwohl sie bereits die berühmte „Weiße Karte“ bezahlt hatte, welche die kubanischen Behörden von denjenigen verlangen, die ins Ausland reisen wollen. Sein Bruder Alejandro Payá Sardiñas durfte in den 90er Jahren ebenfalls nicht ins Ausland reisen. Die in den Vereinigten Staaten und Spanien im Exil lebenden Geschwister von Oswaldo Payá durften ebenfalls nicht nach Kuba einreisen. Die kubanischen Behörden haben sich ihnen gegenüber absolut unbeugsam gezeigt. Im August 2000, als die Mutter von Payá Sardiñas mit einer schweren Krebserkrankung kämpfte, stellten die Brüder von Oswaldo bei den kubanischen Behörden einen Antrag, um die Mutter besuchen zu dürfen und so in ihren letzten Minuten bei ihr sein zu können. Die Brüder von Oswaldo Oscar und Reynaldo

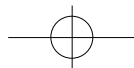


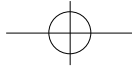


Payá Sardiñas sind Ärzte, doch das Regime stellte sich ihren Bitten gegenüber taub. Sie haben sogar ihr Vorgehen damit „gerechtfertigt“, dass sie ihnen mitteilten, eine Erlaubnis sei nicht möglich, weil ihr Bruder, Oswaldo Payá, „bekanntermaßen ein antirevolutionärer Anführer“ sei.

Im März 1997 durfte Oswaldo mit seiner Frau Ofelia und seinem an einem schweren hepatischen Koma leidenden ältesten Sohn nach Miami reisen. Nachdem sich der Sohn entgegen allen medizinischen Prognosen wieder von seiner Krankheit erholt hatte, kehrte die Familie 30 Tage später nach Kuba zurück. Freunde und Angehörige hatten sie hingegen inständig gebeten in den USA zu bleiben und die ihnen dort angebotene Hilfe anzunehmen, um auch die beiden jüngeren in Kuba zurückgebliebenen Kinder nachkommen lassen zu können.

1995 rief Payá zum ersten Mal die USA auf, das Medizin- und Lebensmittelembargo bedingungslos aufzuheben und ihre Politik gegenüber Kuba zu revidieren. Im gleichen Jahr war er auch Mitveranstalter des „Kubanischen Konzils“ und verfasste das Einheitsdokument, das die Position der Mitglieder des Kubanischen Konzils zum Ausdruck brachte. Payá wurde daraufhin von der Staatssicherheit festgenommen, die ihn unter Androhungen aufforderte, das Treffen abzusagen. Payá weigerte sich, worauf sein Haus von einem wahren Agentenring der Staatssicherheit umstellt wurde. Schließlich konnte das Konzil aufgrund der eingeleiteten Repression und als Folge des Abschusses der Privatflugzeuge der „Hermanos al Rescate“ in internationalen Gewässern nicht stattfinden.



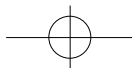


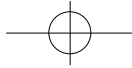
1997 sammelten Oswaldo Payá und 10 weitere Mitglieder des MCL hunderte von Unterschriften, die ihre Kandidatur als Abgeordnete unterstützten. Es war das erste Mal, dass mehrere Bürger sich als Kandidaten allein mit Unterstützung der Bevölkerung aufstellen liessen ohne der Regierung anzugehören. Die Kandidatur wurde jedoch von den Wahlausschüssen abgelehnt.

1997 reichte Payá eine Klage bei der Nationalen Volksversammlung ein, in der er nachwies, dass das Wahlgesetz verfassungswidrig ist. Payá stellte die Forderung, das Gesetz durch ein anderes demokratisches Gesetz zu ersetzen.

Die Regierung verbreitete über das Fernsehen und die Presse ein negatives Bild von Payá, diffamierte ihn und ermutigte Provokationen. Diese Stimmung dauert bis heute an. So wurden Payá, seine Frau und seine zwei Kinder wenige Tage nach den Ereignissen vom 11 September in New York von einer Gruppe von Sicherheitsbeamten und Provokateuren auf offener Straße wild angepöbelt. „Die muss man auch mit einer Bombe umlegen“, wurde die Familie Payá beschimpft.

In den Jahren 1996 und 1997 verfasste Payá dann das Varela-Projekt. Während des Besuchs des Papstes in Kuba 1998 wurde er ständig kontrolliert und von der Staatssicherheit beschattet. Im gleichen Jahr lancierte der MCL öffentlich das Varela-Projekt und begann Unterschriften für das Referendum zu sammeln. 1999 verfasste Payá das Manifest „Todos Unidos“ und unterbreitete es der ersten Versammlung der Opposition, die unter starker Repression stattfand und aus der eine Bewegung der Einheit



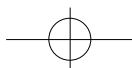


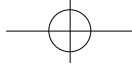
hervorging. Payá wurde zum Koordinator des Berichter-
statter-Ausschusses von „Todos Unidos“ ernannt, eine Be-
wegung, die bis heute Bestand hat. Im März 2001 lancierte
„Todos Unidos“ erneut einen Aufruf zur Sammlung von
10.000 Unterschriften für das Referendum über das Pro-
jekt-Varela.

Am 10. Mai 2001 übergaben die von Payá angeführten
Vertreter von „Todos Unidos“ der Nationalen Volksver-
sammlung 11.020 Wählerunterschriften. Damit wurde
nach der gegenwärtig geltenden kubanischen Verfassung
das Varela-Projekt zu einer Gesetzesvorlage und die Na-
tionale Volksversammlung war verpflichtet öffentlich das
Projekt zu diskutieren und dafür oder dagegen zu stim-
men. Die Regierung war darüber hinaus verpflichtet die
öffentliche Diskussion des Varela-Projekts über die von
ihr kontrollierten Massenmedien zu fördern.

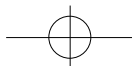
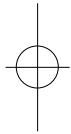
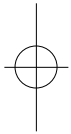
Das Castro-Regime reagierte mit einer Unterschriften-
sammlung, die das Ziel verfolgte den „sozialistischen“
Charakter der geltenden Verfassung für unantastbar zu
erklären. Das überstürzt auf den Weg gebrachte Schein-
projekt wurde von der Versammlung vorgelegt, die es un-
ter Verletzung der eigenen Geschäftsordnung verabschie-
dete. Gemäß Geschäftsordnung hätte das Varela-Projekt
zuvor behandelt werden müssen, da es früher eingereicht
wurde. Am 5. Juli 2002 vertagte sich die Asamblea „auf
unbestimmte Zeit“, um so das Varela-Projekt nicht be-
handeln zu müssen.

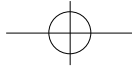
Bis heute nehmen die repressiven Handlungen zu, eben-
so wie die Unnachgiebigkeit des Regimes. Die Befürworter





des Varela-Projekts sammeln weiterhin Unterschriften und die Bürgerbewegung wächst. Oswaldo Payá genießt die beinahe einstimmige Unterstützung der internationalen Gemeinschaft. Zahlreiche Vereinigungen sehen in ihm anerkanntermaßen einen Kämpfer für Demokratie und Bürgerrechte. So wurde ihm 2002 für die von ihm im Rahmen des Varela-Projekts geleistete Arbeit vom US-amerikanischen National Democratic Institute der Harri-man-Demokratie-Preis in der Organisation der Amerikanischen Staaten in Washington D.C. verliehen. Der tschechische Präsident Vaclav Havel hat zudem eine Unterstützungskampagne gestartet, um Oswaldo Payá als Kandidaten für den Friedensnobelpreis vorzuschlagen für seine friedlichen Bemühungen um die Freiheit und Demokratie in Kuba. Im Oktober 2002 erhielt Payá den Sacharow-Preis des Europaparlaments.





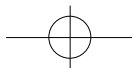
Brief an den Präsidenten der Nationalversammlung

Oswaldo Jos Pay Sardi as

Havanna, 10. Mai 2002

An den
Herr Präsidenten der Nationalen Volksversammlung
Ricardo Alarcón de Quesada

Es gibt Menschenrechte, die uns die gegenwärtig geltenden Gesetze in Kuba nicht gewährleisten, so dass diese Gesetze einer Änderung bedürfen. Die Entscheidung darüber hat das souveräne Volk in einer Volksabstimmung zu treffen. Die Verfassung der Republik Kuba verkündet in Artikel 63 das Recht Beschwerden und Petitionen bei den Staatsorganen einzureichen. Aus diesem Grunde unterbreiten wir Ihnen als Präsidenten der Nationalen Volksversammlung das Varela-Projekt. Es handelt sich dabei um eine Gesetzesinitiative mit der Forderung ein Referendum einzuberufen. Die Initiative stützt sich auf die entsprechenden Unterschriften von über zehntausend wahlberechtigten Bürgern. Somit ist die von der Verfassung geforderte Voraussetzung für eine Gesetzesvorlage erfüllt.

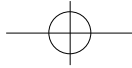


Zusammen mit diesem Brief übergeben wir Ihnen eine Liste, auf der Namen, Anschrift und Personalausweisnummer von elftausendzwanzig (11.020) wahlberechtigten Bürger eingetragen sind, die den Antrag unterschrieben haben. Auf der Liste erscheint neben den persönlichen Angaben des Unterzeichnenden auch die Nummer des Antragszettels, auf dem er unterschrieben hat. Die Originalverzeichnisse werden ebenfalls hiermit der Geschäftsstelle der Nationalen Volksversammlung übergeben. Jeder Antragszettel kann Unterschrift und Angaben zur Person einschließlich Personalausweisnummer von bis zu zehntausend Wählern enthalten. In bestimmten Listen erscheinen Namen und Angaben zur Person, die mit dem Wort ANNULLIERT markiert sind. Annulliert bedeutet, dass diese Unterschriften bei der Antragstellung nicht berücksichtigt worden sind. Sie sind ungültig. In einigen Fällen sind diese Annullierungen auf mangelnde Eindeutigkeit der gemachten Angaben zurückzuführen. Andere Unterschriften mussten annulliert werden, weil die Daten nicht überprüft werden konnten. Viele weitere Unterschriften allerdings konnten auch deswegen nicht überprüft werden, weil Staatsorgane wie die Staatssicherheit Bürger, die sich an dieser legalen Aktion beteiligten, eingeschüchtert, festgenommen, bedroht und verfolgt haben und sogar willkürlich viele unterschriebene Zettel beschlagnahmt haben. Sie haben somit die Gesetze und die Verfassung verletzt.

Gemeinsam mit diesen Unterlagen reichen wir auch die in der Geschäftsordnung der Nationalen Volksver-

sammlung geforderten Begründung unserer Petition ein. Die Initiatoren des Projekts sind bei verschiedenen Notaren vorstellig geworden, um die von der Geschäftsordnung geforderte eidesstattliche Erklärung zu beantragen. Allerdings erhielten wir von den Notaren die Auskunft, sie (die Notare) hätten keinerlei Anweisung solche eidesstattliche Erklärungen vorzunehmen, sie seien nicht üblich und folglich nicht anzufertigen. Einige Notare wiesen darauf hin, dass jeder über 16 Jahre alte Bürger nach der Verfassung das Wahlrecht besitzt, sofern ein Gericht ihm dieses Recht nicht aberkannt hat. Der Personalausweis reiche aus, um seinen Status als Wähler zu bezeugen. Somit fordert die Geschäftsordnung der Nationalversammlung eine Voraussetzung, die die Bürger an der Ausübung eines in der Verfassung verbrieften Rechts hindert. Ein weiteres Hindernis ist die illegale Verfolgung seitens der Staatssicherheit von Bürgern, die sich der Initiative angeschlossen haben. Sie stören eine erfolgreiche Abwicklung dieser und anderer Anträge. Wir waren schon immer und sind auch weiterhin bereit, im Rahmen des Möglichen alle legalen Voraussetzungen zu erfüllen. Als Präsident der Nationalen Volksversammlung fordern wir Sie - aber auch die Abgeordneten sowie die Regierung - auf, öffentlich klar zu stellen, dass die Durchführung einer Bürgerpetition ein verbrieftes Verfassungsrecht ist. Der Versuch, die Bürger an der Ausübung dieses Rechts zu hindern, ist verfassungswidrig.

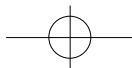
Eine Gruppe Bürger hat einen Ausführungsausschuss gebildet, dem Oswaldo Payá Sardiñas, Antonio Días Sán-

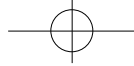


chez, Regis Iglesias Ramirez, José Daniel Ferrer García, Miguel Saludes García, Osvaldo Alfonso Valdés und Pedro Pablo Álvarez angehören. Sie sind mit allen Aufgaben im Zusammenhang mit dem Varela-Projekt beauftragt. Die entsprechenden Anschriften sind in den eingereichten Unterschriftenlisten enthalten. Wir bitten Sie um ein Gespräch, in dem wir gerne bereit sind mit Funktionären und Abgeordneten alle im Zusammenhang mit dieser Gesetzesvorlage stehenden Themen zu erörtern. Wir bitten Sie des weiteren das Projekt in den staatlichen Massenmedien zu verbreiten und diesbezüglich Kontakt mit den leitenden Stellen der Medien aufzunehmen. Es geht im Wesentlichen darum, dem kubanischen Volk den Gesetzesentwurf über die Medien erklären zu können, aber auch die Meinungen der Bürger über die Medien einzubeziehen und zu verbreiten. Wir berufen uns u.a. auf die in Art. 53, 84 und 87 der Verfassung verbrieften Rechte. Wir bitten um Einberufung eines Referendums durch die Nationalversammlung über die fünf in der Varela-Vorlage enthaltenen Punkte. Ziel des Referendums ist ein Volksentscheid über die für die Sicherstellung der Grundrechte aller Kubaner erforderlichen Veränderungen in der Gesetzgebung.

Hochachtungsvoll

OSWALDO JOSÉ PAYÁ SARDIÑAS
Koordinator des Comité Gestor del Proyecto Varela
Peñón 221 entre Monasterio y Ayuntamiento. Cerro.
Ciudad Habana Tel. (53 7) 404856





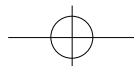
Begründung des Varela-Projekts

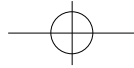
Oswaldo Pay Sardi as

Die Verfassung der Republik Cuba garantiert allen Bürgern das Recht Reformen in der Rechtsordnung vorzuschlagen. Weiterhin legt die Verfassung die Verfahren zur Durchführung von Volksabstimmungen fest, in denen das Volk frei und demokratisch über die Durchführung der Änderungen und ihrer Inhalte abstimmt. Diese gegenwärtig geltenden gesetzlichen Bestimmungen zur Anpassung der Normen an die Bedürfnisse und Verbesserungswünsche der Gesellschaft erhalten erst dann ihren eigentlichen Wert, wenn das Volk den Hebel tatsächlich auch betätigen kann, zu dessen Betätigung es vom Gesetz selbst ermächtigt ist.

Diese Ausübung der Bürgerrechte ist das Bindeglied zwischen der demokratischen Willensbildung und den politischen und juristischen Strukturen der demokratischen Gesellschaft. Die Funktionsfähigkeit dieser Verbindung steht für eine Gesellschaft, die sich in einem friedlichen und fortschreitenden Prozess auf eine harmonische und integrale Entwicklung hinbewegt und dabei die Lebensqualität der Bevölkerung zu verbessern vermag.

Aus diesen Überlegungen heraus schlagen wir die Veränderung aus dem Gesetz heraus vor. Ein Gesetz ist stets





verbesserungswürdig und hat im Dienste des Gemeinwohles und der integralen Vollendung der Person zu stehen. Allerdings gibt es unterschiedliche Kriterien darüber, welche Veränderungen in unserer Gesellschaft im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereich erforderlich sind sowie ebenfalls widersprüchliche Meinungen über die Angemessenheit dieser Veränderungen.

Sind Antwort ist nicht einfach und erfordert den guten Willen und eine verantwortungsbewusste Haltung aller Kubaner.

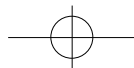
Sind die Veränderungen erforderlich?

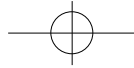
Der Antwort auf diese Frage kommt eine Schlüsselstellung zu. Die kluge und gerechte Antwort allerdings kann nur das freie Volk in einem Volksentscheid, in einem Referendum geben.

Warum aber überhaupt diese Fragen, diese Vorschläge?

Um eine Antwort darauf zu finden, gibt sich das Volk selbst die gesetzlichen Normen in die Hand, die es ihm erlauben seine Rechte wahrzunehmen, Solidarität zu üben und seine Pflichten zu erfüllen. Dabei geht es darum dem Bürger einen größeren Einfluss auf die ihn betreffenden Entscheidungen einzuräumen sowie auf die Entscheidungen, die den von unserer Nation einzuschlagenden Weg zum Aufbau einer besseren Gesellschaft vorgeben.

Auf dieser Grundlage entscheidet das Volk selbst, ob es Gesetze reformieren will oder nicht und wer diese Veränderungen als Träger und Subjekt seiner Geschichte vornimmt.





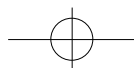
Wir bieten weder ein Projekt noch ein Gesellschaftsmodell, sondern schlagen einen ersten Schritt vor, um neue und bessere Rechtsvoraussetzungen zu schaffen, damit alle Kubaner gemeinsam ihre eigene Gesellschaftsvision gestalten können. Ausgangspunkt sind dabei die geistigen Werte unserer Nation und die Erfahrungen unserer Geschichte. Sie rüsten uns für die Herausforderungen, die der Anbruch des neuen Jahrtausends an uns stellt.

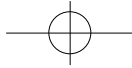
Den von uns formulierten Antrag zu unterschreiben heißt keinesfalls eine Vereinigung oder Gruppierung zu unterstützen oder ihr beizutreten und bedeutet auch nicht Verpflichtungen einzugehen mit den Personen, die ihn ausgearbeitet und vorgeschlagen haben. Wenn ein Kubaner diesen Antrag auf Volksentscheid unterzeichnet, so macht er nur von seinem ihm verfassungsmäßig zustehenden Petitionsrecht Gebrauch und leistet damit einen freien und solidarischen Beitrag zur Verbesserung der Gesellschaft, der Lösung der Probleme unseres Volkes und dem Aufbau einer besseren Zukunft für unsere Kinder hier in unserem Vaterland.

Die fünf Vorschläge sind selbstredend:

1) Rede- und Versammlungsfreiheit

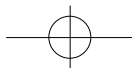
Diese Rechte wie alle Menschenrechte bestanden schon bevor sie formuliert bzw. niedergeschrieben wurden. Sie selbst und alle Ihre Mitmenschen besitzen diese Rechte allein aufgrund der Tatsache eine Person, ein





Mensch zu sein. Die Gesetze schaffen diese Rechte nicht, haben sie aber zu garantieren. Die Ausübung der Rede- und Versammlungsfreiheit bedeutet die praktische Umsetzung einer würdigen und verantwortungsbewussten Beteiligung der Bürger an der gesellschaftlichen Entwicklung. Wenn in der Gesetzesvorlage klargestellt wird, dass das Gesetz diese Rechte zu garantieren hat, indem es die Achtung vor der Würde des Menschen, die Menschenrechte und das Gemeinwohl zu bewahren hat, so kommen wir jeder unbegründeten Furcht vor der freien Meinungsäußerung und Vereinigung zuvor. Niemand kann diese Rechte ausüben, indem er gegen die Menschenwürde und die Rechte Dritter verstößt, aber auch nicht gegen das Allgemeinwohl. Niemand kann andererseits sagen, dass er das Gemeinwohl verteidigt, wenn er zugleich die Ausübung dieser Rechte verhindert, da die Suche des Gemeinwohls darin besteht, sich für Lebensbedingungen einzusetzen in einer Gesellschaft, in der die Menschen sie voll verwirklichen können. Das aber ist nicht möglich, wenn die Menschenrechte nicht garantiert sind.

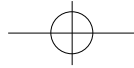
Das Bestehen unabhängiger, temporärer oder ständiger Einrichtungen ist in einer Gesellschaft nicht nur ein Recht, sondern auch eine Notwendigkeit, damit die Bürger ihre Rechte verteidigen, sich an den Entscheidungen des Staates beteiligen und sich am gesamten sozialen Geschehen unter Einbringung ihrer Anstrengungen und Initiativen in allen Bereichen beteiligen können. Der Pluralismus wird nicht per Erlass der Regierung durchgesetzt, er muss aber respektiert und vom Gesetz durchgesetzt werden. Es ist eine Tat-



sache, dass nicht alle gleich im Gesamten wie im Einzelnen denken und es ist das Recht eines jeden Menschen sich frei zu versammeln und seine Meinung je nach seinen Vorstellungen und Interessen zu äußern, ohne dass jemand die Rechte der anderen durch seine eigenen Vorstellungen oder Interessen oder aus irgendwelchem sonstigen Umstand heraus aufheben könnte. Würde das Gesetz die Rede- und Versammlungsfreiheit garantieren, so würde es der Verfassung eher entsprechen, würde es der Tatsache Rechnung tragen, dass in einer Gesellschaft verschiedene Meinungen herrschen, könnte sich Kritik artikulieren, würde die Kreativität gefördert und der Dialog, eine partizipativere Demokratie, die Ausübung der Volkshoheit und somit auch die Grundlagen der nationalen Unabhängigkeit gestärkt.

2) Die Amnestie

In unserem Lande gibt es Menschen, die aus politischen Gründen inhaftiert sind, weil sie Gesetze übertreten haben, aber auch weil sie auf Machtmissbrauch, Willkür und auch Gesetzesübertretungen seitens der Behörden aufmerksam gemacht haben. Viele sind verhaftet worden, weil sie Menschenrechte ausgeübt haben, die die gegenwärtigen Gesetze nicht anerkennen. Dieser Schritt bedeutet keine Revision, sondern ist ein Schritt in Richtung Erneuerung der gesamten Gesellschaft, die sich dieser Notwendigkeit bewusst wird. Auch die Aussöhnung kann

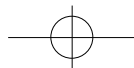


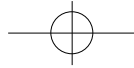
nicht per Dekret stattfinden. Ist sie aber von unserem Volk gewollt und ist sie durch die Zustimmung zur Amnestie per Referendum belegt, dann kann über einen solchen Akt der Vergebung und der Gerechtigkeit eine neue Etappe eingeleitet werden zum Wohle einer Gemeinschaft, die alles Negative der Vergangenheit überwinden und sich selbst nicht um die Chance eines Neuanfangs bringen will. Sind wir Kubaner uns schon nicht über die Bewältigung der Vergangenheit einig, so müssen wir uns doch mindestens über die Zukunft einig werden, damit diese Zukunft des Friedens, der Brüderlichkeit und Freiheit zum Wohle unserer Kinder gereicht.

3) Das Recht der Kubaner Unternehmen zu gründen

Wird unserem Vorschlag zugestimmt, so wird auch eine erhöhte Beteiligung der Bürger an der Befriedigung der Bedürfnisse von Gütern und Leistungen der Bevölkerung erreicht. Gleichzeitig werden menschliche Fähigkeiten freigesetzt, um an der Erhöhung der Lebensqualität sowie der Unabhängigkeit des Einzelnen und der Familien zu arbeiten und zu der Entwicklung der Nation beizutragen.

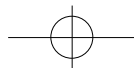
Die Ausübung dieses Rechtes innerhalb der vom Gesetz festgelegten Regelungen im Bereich des Gemeinwohls wird ein bestimmender Faktor bei der Überwindung der Ungewissheit und der mangelnden Stabilität in der wirtschaftlichen Betätigung der Bürger sein. Damit werden zum großen Teil auch Missbrauch, illegale Aneignungen und





Diebstähle, Korruption von Angestellten und Beamten, Privilegien durch Machtmissbrauch, Parasitentum, Spekulation sowie viele der jetzt unüberbrückbaren Unterschiede zwischen dem Arbeiter, der sich bemüht von seinem Lohn zu überleben und demjenigen, der sich über Spekulation oder Machtstellung einen wesentliche höheren Lebensstandard verschafft hat, überwunden. Diese Öffnung wird auch andere ermutigen die eigene Ineffizienz und Fahrlässigkeit zu überwinden, die mit zur Arbeitslosigkeit in all ihren Formen beigetragen hat, sowie zur Armut, in die immer mehr Kubaner angesichts der mangelnden Alternativen und der sehr geringen Kaufkraft der Löhne geraten sind. Diese Armut und die mangelnden Chancen sind mit ein Grund, warum viele Kubaner auswandern möchten, ein Phänomen, das so zahlreiche Probleme in die kubanische Familie trägt. Mit der Ausübung der freien Unternehmertätigkeit aber würden auch die Währung und die Entlohnung der Arbeit ihren gerechten Wert erhalten.

Die Befriedigung der Konsumbedürfnisse der Bevölkerung und die Kontrolle sowie der Übergang der Produktionsmittel in die Hände die Arbeiter beschränken sich nicht auf das staatliche Eigentum, das eine, wohl aber nicht die einzige Form des sozialen Eigentums ist. Die langen Phasen der Unterversorgung, Ineffizienz, und die Umstände der Knappheit unter denen wir gelebt haben, beweisen, dass eine Öffnung hin zu mehr Bürgerbeteiligung an der Wirtschaftstätigkeit, des Managements und des Eigentums erforderlich ist. Diese Öffnung hat das Recht der Kubaner zu garantieren, Privatunternehmen zu gründen, die sowohl



als Einzelunternehmen, als auch als Genossenschaften sowie als Private-Public-Partnership organisiert werden können. Kann es denn schwieriger sein, dieses Recht für und unter den Kubanern einzufordern, als es gewesen ist ausländischen Unternehmen nicht nur das Recht der Beteiligung an einem Unternehmen einzuräumen, sondern in einigen Fällen sogar das Eigentum am gesamten Unternehmen zu übertragen, wie es im Gesetz zur Regelung der ausländischen Investitionen vorgesehen ist?

4) Ein neues Wahlgesetz

Zum besseren Verständnis der Gesetzesvorlage müssen zwei wesentliche Elemente des Wahlvorgangs berücksichtigt werden:

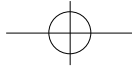
Erstens die Aufstellung der Kandidaten, also die Form, in der festgelegt wird, wie die Kandidaten nominiert werden, unter denen dann die Wähler ihre Vertreter in Form von Delegierten oder Abgeordneten wählen werden.

Zweitens die Wahlen selbst. Sollten die Bestimmungen des gegenwärtigen Wahlgesetzes nicht mehr präsent sein, so empfehlen wir, das Gesetz zu lesen, bevor unsere Änderungsvorschläge analysiert und eine Entscheidung getroffen wird.

Nach der gegenwärtig geltenden Regelung werden die Kandidaten für das Amt der Delegierten für die *Asambleas Municipales del Poder Popular*, also die Gemeinderäte,

auf öffentlichen Versammlungen des jeweiligen Bezirks aufgestellt. Die Kandidaten für das Amt des Delegierten für die *Asambleas Provinciales*, also die Landtage, und die Kandidaten für das Amt des Abgeordneten der Nationalen Volksversammlung werden dagegen von der jeweiligen Gemeindeversammlung gewählt und zwar auf Vorschlag des örtlichen Kandidatenausschusses, der seinerseits Vorschläge von den Kandidatenausschüssen auf provinzieller und nationaler Ebene entgegennimmt. Nach dem gegenwärtigen Gesetz beteiligen sich die Wähler nicht direkt an der Aufstellung der Kandidaten für das Amt der Delegierten der *Asambleas Provinciales* und auch nicht an der Aufstellung der Kandidaten für das Amt der Abgeordneten für die Nationale Volksversammlung. Zudem wird nur ein Kandidat pro Sitz in der Nationalen Volksversammlung aufgestellt. Wenn also auf eine Gemeinde fünf Abgeordnete in der Nationalversammlung entfallen, so erscheinen auf dem Stimmzettel nur fünf Kandidaten und jeder Wähler kann einen, mehrere, keinen oder alle fünf wählen. Die Wähler können aber nicht ihre fünf Abgeordneten unter einer größeren Anzahl von Kandidaten auswählen. Das gleiche geschieht, wenn eine Gemeinde sich in Bezirke aufteilt. Für jeden Sitz gibt es wiederum nur einen Kandidaten.

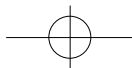
Bei den Wahlen für die Delegierten der Gemeindeversammlungen wählen die Wähler des jeweiligen Bezirks ihren Delegierten, indem jeder Wähler einen einzigen Kandidaten wählt, den er unter mehreren auswählt, die sich aufgestellt haben, um einen Wahlkreis zu vertreten. Bei den Provinzwahlen und den nationalen Wahlen gibt

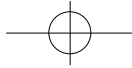


es wie bereits ausgeführt nur einen Kandidaten für jedes Amt, und zwar einen pro Wahlkreis, so dass in jeder Gemeinde die gleiche Anzahl von Kandidaten aufgestellt wird wie es Bezirke gibt, die in dieser Gemeinde für die Provinzwahlen festgelegt wurden und die gleiche Anzahl von Kandidaten für das Amt des Abgeordneten wie Bezirke, die in dieser Gemeinde für die nationalen Wahlen festgelegt werden. Worin besteht nun der Antrag, den wir stellen?

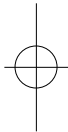
Er besteht darin, dass die Kandidaten für die Wahl der Delegierten der *Asamblea Municipal*, die Kandidaten für das Amt der Delegierten der *Asamblea Provincial* und die Kandidaten für das Amt der Abgeordneten der *Asamblea Nacional* direkt von den Wählern des entsprechende Wahlbezirks aufgestellt, also vorgeschlagen und gewählt werden, und zwar auf der Grundlage der gesammelten Unterschriften ohne Mittelsmänner und allein auf diese Art.

Es sollen ferner in den Provinzversammlungen und in der Nationalversammlung mehrere Kandidaten für die einzelnen Ämter aufgestellt werden, so dass die Wähler des jeweiligen Bezirks die Möglichkeit haben unter mehreren Kandidaten denjenigen ihrer Wahl auszuwählen, was mit dem gegenwärtigen Gesetz nicht möglich ist. Die Wähler eines Bezirks sollen dann nur einen Delegierten in die Gemeindeversammlung entsenden und nur einen Delegierten in die Provinzversammlung, so dass jeder gewählte Kandidat dann auch gegenüber den von ihm vertretenen Wählern Rechenschaft abzulegen hat.

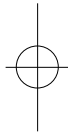




Im Rahmen der einzuhaltenden Ordnung und mit Zustimmung der Wähler untereinander sowie der Kandidatenanwärter sollen sich die Kandidaten sowie Delegierte und Abgeordneten frei und ohne Bevormundung mit den Wählern in demokratischen Versammlungen treffen können. Ferner sollen sie auch freien Zugang zu den Medien haben, die ja dem Staat gehören und somit im Dienst der freien Meinungsäußerung aller Bürger zu stehen haben. Sollte dieser Vorschlag angenommen werden, so würde damit ein wesentlicher Schritt in Richtung partizipativer Demokratie über eine verstärkte Bürgerbeteiligung bei der Festlegung ihrer Vertreter und den Entscheidungen der Organe der Volksmacht getan sein.

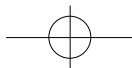


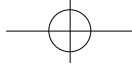
5) Rechtliche Begründung



„Ich wünsche mir für unsere Republik ein Grundgesetz, das die Verehrung der Kubaner für die Menschenwürde zum Ausdruck bringt“

Diese Erklärung der kubanischen Bürger in der Präambel der Verfassung der Republik, die von unserem Nationaldichter José Martí formuliert wurde, besingt die Freiheit, die Demokratie, die Gerechtigkeit und die Solidarität und verwurzelt diese Werte aufs tiefste in unserem Volk. Das Gesetz darf diese Werte des Geistes und den Willen unseres Volkes nicht verraten, sondern hat sie im Gegenteil zu hüten und bewahren.





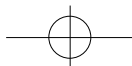
Diese Werte sind in Artikel 1 der Verfassung festlegt:

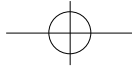
Art 1: „Kuba ist ein sozialistischer, unabhängiger und souveräner Arbeiterstaat, der mit allen und zum Wohle aller als unitarische und demokratische Republik organisiert ist, damit alle Bewohner politische Freiheit, soziale Gerechtigkeit, individuelles und allgemeines Wohlbefinden sowie menschliche Solidarität erfahren können.“

Dieser Artikel definiert die Prinzipien und wesentlichen Qualitäten dieses sozialistischen Arbeiterstaates. Alle weiteren Artikel der Verfassung sowie auch die Gesetze zur Umsetzung dieser Prinzipien und Qualitäten haben mit dieser Definition im Einklang zu stehen.

Unser Vorschlag stützt sich vom juristischen Standpunkt aus auf eben diesen ersten Artikel, auf die Verfassung insgesamt und auf die von José Martí in der Präambel verkündeten Werte.

Bei unserem Projekt geht es uns darum, die kubanischen Gesetze zu verbessern, damit sich alle Bürger ohne Ausgrenzungen und zum allgemeinen Wohl am Ausbau des Staates beteiligen können. Das bedeutet, dass dieser Prozess im Sinn der Gleichheit vor dem Gesetz, des Wohlstandes, der Demokratie und dem tatsächlichen Genuss der politischen Freiheiten und der sozialen Gerechtigkeit zu erfolgen hat. Die Gesetze haben in Geist und Wortlaut den Verfassungsbestimmungen Rechnung zu tragen. Es handelt sich hierbei nicht um eine akademische Diskussion, nicht um ein Auslegungsproblem, sondern

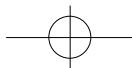




um die Einforderung auf legalem Wege von Rechten, die jedem Menschen als Person zustehen und die zudem von der Verfassung klar beschrieben sind. Somit haben sich die Gesetze so zu verändern, dass sie diese Rechte garantieren. Da aber das legitimste Kriterium zur Entscheidung über alle Gesetze der Wille des Volkes ist, der sich demokratisch im Volksentscheid ausdrückt, schlagen wir dieses Referendum vor.

Dabei ist es als erster Schritt erforderlich, dass die Bürger, die nach eingehender Lektüre dieses Vorschlags frei und wissentlich der Überzeugung sind, dass er unterstützungswert ist, den an die Volksversammlung gerichteten Antrag unterzeichnen. Die gegenwärtig geltende Verfassung garantiert allen Bürgern das Recht einen solchen Antrag zu unterstützen, so dass kein Bürger, Beamter oder Institution diesen Schritt verhindern darf noch befugt ist Repressalien aus diesem Grund zu ergreifen. Wer dies tut, verstößt gegen die Verfassung und gegen das Gesetz, das außerdem dazu da ist, den Bürger zu schützen und ihm die Ausübung seiner Verfassungsrechte zu garantieren.

Wir respektieren das Recht der Bürger den Vorschlag nicht zu unterschreiben und ihn auch nicht zu lesen. Deswegen wird er Wahlberechtigten nur dann ausgehändigt, wenn sie aus freien Stücken heraus die Unterlagen einsehen wollen, nachdem wir ihnen unsere Zielsetzungen erläutert haben. Jeder Bürger, der diese Unterlagen in Empfang nimmt, wird nach entsprechender Lektüre entscheiden, ob er sie unterschreibt oder nicht und in

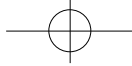


beiden Fällen hat er die Unterlagen demjenigen zurückzugeben, der sie ihm ausgehändigt hat, so dass alle unterschriebenen Anträge bei der Nationalen Volksversammlung eingereicht werden können. Dieser Vorschlag verstößt weder gegen die Gesetze noch gegen den sozialistischen Staat noch gegen Entscheidungen des kubanischen Volks noch gegen die in der Verfassung festgelegte Ordnung. Es handelt sich um eine Petition, die Veränderungen in den Gesetzen vorschlägt und zu diesem Zweck sich auf die Rechte stützt, die die Verfassung selbst gewährt, ohne dabei irgendeinen Artikel zu verletzen. Darüber hinaus enthält die Verfassung selbst die Möglichkeit teilweise oder insgesamt reformiert zu werden und legt in Art. 137 auch die Wege zu einer Reform fest. Der Vorschlag aber sucht keine Veränderung in das Grundgesetz einzuführen, sondern in die Gesetze, damit diese die in der Verfassung festgelegten Rechte garantieren.

Wir empfehlen die eingehende Lektüre der Verfassung der Republik in all ihren Artikeln und drucken im Folgenden einige der Artikel ab, auf die sich unsere Vorschlag stützt

Artikel 63:

Jeder Bürger hat das Recht Beschwerden und Petitionen bei den Behörden einzureichen und die entsprechende Aufmerksamkeit bzw. eine kompetente Antwort innerhalb einer angemessenen Frist nach Maßgabe des Gesetzes zu erhalten.



Artikel 88:

Die Gesetzesinitiative obliegt:

g) den Bürgern. In diesem Fall ist es unabdingbare Voraussetzung, dass die Initiative von mindestens zehntausend wahlberechtigten Bürgern getragen wird.

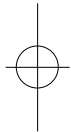
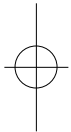
Artikel 75:

Die Nationale Volksversammlung hat folgende Befugnisse:

b) Gesetze zu verabschieden, zu verändern oder außer Kraft zu setzen sowie sie zuvor einer Volksabstimmung zu unterziehen, wenn sie es für angemessen in Anbetracht der entsprechenden Gesetzgebung hält.

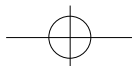
t) Amnestie zu gewähren.

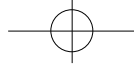
u) die Abhaltung eines Referendums in den in der Verfassung vorgesehene Fällen einzuberufen sowie in anderen Fällen, die die Versammlung selbst für angemessen hält.



Artikel 53:

Den Bürgern wird gemäß den Zielen der sozialistischen Gesellschaft das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie Pressefreiheit eingeräumt. Die sachlichen Voraussetzungen für die Ausübung der Freiheiten sind dadurch gegeben, dass sich Presse, Rundfunk, Fernsehen und weitere Massenmedien in den Händen des Staates bzw. der Gesellschaft befinden. Sie können in keinem Fall Gegenstand privaten Besitzes sein. Dadurch ist garantiert, dass sie allein im Dienste der arbeitenden Bevölkerung und im Interesse der Gesellschaft stehen. Das Gesetz regelt die Ausübung dieser Freiheiten.





(Anmerkung des Verfassers: Diese Massenmedien werden von allen Bürgern unterhalten bzw. bezahlt, so dass das Gesetz allen Bürgern und Meinungen den freien Zugang zu garantieren hat. Sie haben nicht allein im Dienste der Partei, der Regierung oder der Meinungen und Doktrinen einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe zu stehen, auch dann nicht, wenn es sich um die Regierung selbst handelt).

Artikel 54:

Das Recht auf Versammlung, Vereinigung und freie Meinungsäußerung wird von den handwerklichen und intellektuellen Arbeitern, den Landarbeitern, den Frauen, Studenten und weiteren Gruppen der arbeitenden Bevölkerung ausgeübt, wofür diese über die entsprechenden zweckdienlichen Mittel verfügen.

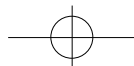
Die Massenorganisationen und gesellschaftliche Organisationen verfügen über sämtliche Möglichkeiten zur Ausübung dieser Rechte. Dabei genießen ihre Mitglieder weitreichende Meinungs- und Redefreiheit.

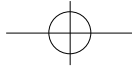
Artikel 66:

Die strikte Anwendung der Verfassung und der Gesetze ist eine unumgängliche Pflicht aller Bürger.

Artikel 9:

Der Staat setzt den Willen des arbeitenden Volkes um und garantiert die volle Freiheit und Würde des Menschen, die Achtung seiner Rechte, die Ausübung und Erfüllung seiner





Pflichten und die umfassende Entwicklung seiner Persönlichkeit.

Artikel 41:

Alle Bürger genießen gleiche Rechte und unterliegen den gleichen Pflichten.

Artikel 42. Diskriminierung aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Nationalität, religiösen Glaubens oder sonstige die Menschenwürde verletzende Diskriminierungen sind von gesetzlich verboten.

Die Institutionen des Staates erziehen alle Kinder im Prinzip der Gleichheit aller Menschen.

Anmerkung: Artikel 9, 75 und 88 sind in ihrem ganzen Wortlaut zu lesen. Aus Platzgründen können wir sie hier nicht in voller Länge abdrucken. Wir empfehlen darüber hinaus zum besseren Verständnis der legalen Fundamente unserer Gesetzesinitiative die eingehende Lektüre folgenden Verfassungsartikel:

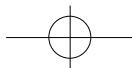
Artikel 15,16, 17,21 und 23.

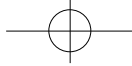
Artikel 10, 41, 42,43, 55 und 64

Artikel 68, 70, 71 und 84.

Artikel 131, 132, 133, 134, 135 und 136.

Wir empfehlen weiterhin die Lektüre des Strafgesetzbuches, aus dem wir folgende Artikel hier abdrucken:





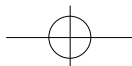
Kapitel 5. Straftaten gegen das Recht auf Versammlung, Meinungsäußerung, Vereinigung, Beschwerde und Petition.

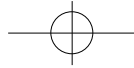
Artikel 292

1. Mit Freiheitsentzug von drei Monaten bis zu einem Jahr oder einer Geldbuße von dreihundert Quoten oder beidem wird bestraft, wer unter Verletzung der gesetzlichen Bestimmungen jemanden bei der Einreichung von Beschwerden oder Anträge an die Behörden behindert oder hindert.

2. Wird die Straftat durch einen öffentlichen Beamten unter Machtmissbrauch ausgeübt, so beträgt die Strafe Freiheitsentzug von sechs Monaten bis zu zwei Jahren oder Geldbuße von zweihundert bis fünfhundert Quoten.

(Die Proyecto Varela benannte Petition wurde vom Bürger Oswaldo Payá Sardiñas, wohnhaft Calle Peñon 276 zwischen Monasterio und Ayuntamiento Cerro, C. Habana verfasst. Das Varela-Projekt ist keine besondere Organisation, sondern eine Forderung aller kubanischen Bürger, die sich daran beteiligen wollen. Die überwältigende Mehrheit der Nichtregierungsorganisationen innerhalb Kubas unterstützen das Varela-Projekt und haben die Bürger aufgerufen, den Antrag auf Referendum zu unterschreiben.)





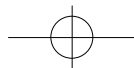
Das Varela-Projekt und die Mobilisierung der Zivilgesellschaft in Kuba

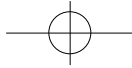
Janisset Rivero

Mein Vaterland Kuba wurde in Lateinamerika zu eine Art Versuchskaninchen. Kuba war das letzte Land, das sich von der spanischen Kolonialherrschaft befreite und obwohl es vor seiner Unabhängigkeit den Terror der Militärdiktaturen kennen gelernt hatte, die dann später die freien lateinamerikanischen Republiken während des 19. Jahrhunderts heimsuchen sollte, erlebte das Land ab 1902 zusätzlich auch den Vormarsch des Militarismus, der sich in den langen Jahren der Befreiungskriege gegen die spanische Unterjochung herausgebildet hatte.

Nach und nach allerdings konnte sich das Land wirtschaftlich von der Zerstörung des Krieges erholen und die Institutionen der zivilen und politischen Gesellschaft erzielten mit der 1940 verabschiedeten Verfassung eine neue Qualität. Die Verfassung verankerte die Menschenrechte und Grundfreiheiten für die Bürger Kubas. Bereits damals hatte das Land das berühmte Platt-Amendmend außer Kraft gesetzt. Zudem befanden sich die meisten Unternehmen des Landes in kubanischen Händen.

Im Jahr 1952 stürzte Fulgencio Batista, der von 1940 bis 1944 Präsident gewesen war, die verfassungsmäßig

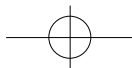


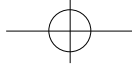


gewählte Regierung und errichtete auf der Insel erneut eine Diktatur. Der Kampf gegen das Regime von Batista nahm viele Formen an. Der Widerstand formierte sich an der Universität von Havanna, gestaltete sich aber in Form zahlreicher Bürgerproteste. Die traditionellen Parteien des Landes versuchten auf dem Verhandlungsweg eine Lösung herbeizuführen und der bewaffnete Widerstand sammelte sich in Sierra Maestra. In dieser Phase verfolgte der Widerstand gegen das diktatorische Regime allein das Ziel die verfassungsmäßige Ordnung wieder herzustellen und den öffentlichen Freiheiten Geltung zu verschaffen.

Als schließlich Fidel Castro 1959 die Macht übernahm, enttäuschte er die Erwartungen der Kubaner und setzte wiederum ein totalitäres Regime ein. Im Unterschied zu den anderen Militärregierungen in Lateinamerika zerstörte das Castro-Regime sämtliche Facetten des öffentlichen Lebens und beschnitt die Freiheiten des Einzelnen in allen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bereichen.

In Kuba herrscht nun seit 44 Jahren eine totalitäre Diktatur. Unter anderem bedeutet das, dass seit beinahe drei Generationen der Kubaner kein eigenes Geschäft betreiben kann und sich auch nicht außerhalb der Kontrollsphäre des Staates betätigen darf. Es ist verboten staatsunabhängige politische Gruppierungen, Parteien oder Institutionen der zivilen Gesellschaft zu gründen. Das einzige auf der Insel bestehende Erziehungswesen befindet sich in staatlicher Hand und ist von ideologischen und indoktrinierenden

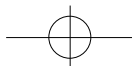


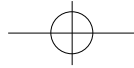


Formeln durchsetzt. Sämtliche Massenmedien befinden sich in Händen des Staates, so dass es keinen öffentlichen Raum gibt, in dem die nationalen Probleme diskutiert werden könnten. Der Kubaner kann nicht frei aus- und wieder einreisen. Kubaner, die im Ausland leben, brauchen nicht nur ein Visum um nach Kuba einreisen zu können. Der Staat geht zudem davon aus, dass sie auch im Ausland politische Tätigkeiten ausüben, die seiner Ideologie widersprechen und verwehrt ihnen die Möglichkeit nach Kuba zu reisen.

Das heute in Kuba herrschende Regime bedient sich einer Ausschlussregel: innerhalb der Revolution alles, außerhalb der Revolution nichts. Über 44 Jahre lang ist die Repression, das Gefängnis, die Hinrichtung, das Zwangsexil, der Tod in der Floridastraße das Schicksal derjenigen gewesen, die es gewagt haben, anders zu denken. Diesen ganzen Horror wollte Castro vertuschen, indem er sich eines in der lateinamerikanischen Mentalität tief verwurzelten Stereotyps bediente, nämlich der Konfrontation mit den Vereinigten Staaten. Auf goebbel'sche Taktiken zurückgreifend, auf die Formeln des Erzfeindes, des David gegen Goliath legt das Regime immer wieder die Betonung und auf das, was der venezolanische Schriftsteller Carlos Rangel die Ausgleichstheorie nennt und was nichts anderes ist als eine psychologische Ausflucht, mit der wir Lateinamerikaner unsere eigenen Misserfolge den Vereinigten Staaten anlasten, ohne unsere eigenen Fehler und Grenzen einzusehen.

Der Hass gegen die Vereinigten Staaten, der sich permanent in der Castro'schen Propaganda äußert, ist weiter



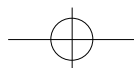


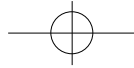
nichts als das perfekte Alibi, das dazu dient, den eigentlichen Hass zu verdecken, nämlich den Hass auf das eigene Volk.

Nach dem Fall der Berliner Mauer hat sich der stalinistische Diskurs Castros in große Widersprüchlichkeiten verstrickt. Diese Widersprüchlichkeiten finden ihren Ausdruck darin, dass die eigentliche Währung in Kuba heute nicht mehr der kubanische Peso ist, in dem die Kubaner ihre Löhne ausgezahlt bekommen, sondern der Dollar, die Währung „des Feindes“, aber auch in der Tatsache, dass sich die kubanischen Generäle in Unternehmer verwandelt haben, deren Aufgabe es ist, Investitionen auf die Insel zu locken. Dennoch bleibt alles weiterhin in den gleichen Händen, in den Händen der Machthaber, die das Land seit vier Jahrzehnten unter ihrer Kontrolle halten.

Das kubanische Volk aber hat das totalitäre Regime nicht schweigend hingenommen. In diesen 44 Jahren haben verschiedene Generationen auf der Insel Widerstand geleistet. Die Liste der politischen Häftlinge ist eine lange Kette von Einzelschicksalen der Auflehnung und der Würde. Zunächst glaubte der sich gegen das Regime rebellierende Widerstand, er könne dieselbe Taktik anwenden, die auch zum Sturz von Batista führte. Allerdings kannten damals die gegen Castro kämpfenden Kubaner noch nicht die Merkmale des Totalitarismus.

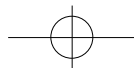
Ende der siebziger Jahre gründete eine Gruppe politischer Häftlinge die Menschenrechtsorganisation *Comité Cubano pro Derechos Humanos*. Die Vereinigung lehnte





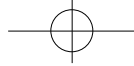
sich an den Widerstandskampf an, der in Osteuropa gegen den Kommunismus ausgetragen wurde. In Osteuropa waren es die gleichen Bewegungen, die dann 1989 zum Zusammenbruch des Totalitarismus führten. Unter Einsatz gewaltfreier Kampfmittel gelang es auch den Männern und Frauen des friedlichen Widerstandes innerhalb Kubas Freiheitsräume im bedrückenden totalitären Gewebe zu schaffen. Über Mundpropaganda wurden die in der kubanische Bevölkerung unbekanntes Menschenrechte verbreitet, die vom Staat permanente unterdrückt werden und die ihren Niederschlag in der UN-Charta fanden. So begann eine Bürgerrechtsbewegung, die heute Tausende von Aktivisten auf der ganzen Insel zählt. Es haben sich Gruppen zur Verteidigung der zivilen und politischen Rechte gebildet, es gibt unabhängige Journalisten, die die vom Staat verhängte Zensur durchbrechen und im Ausland berichten, was sich auf der Insel zuträgt. Lehrer, Wirtschaftswissenschaftler, Rechtsanwälte und Angehörige anderer akademischer Berufe haben Gruppen gebildet, die sich mit dem demokratischen Gedankengut auseinandersetzen. Ferner sind Bürgerzentren und unabhängige Bibliotheken in den Häusern der Bürgerrechtler eingerichtet worden, wo diese Themen ebenfalls diskutiert und Vorschläge zur Gestaltung von Gegenwart und Zukunft des Landes ausgearbeitet werden. Inzwischen bestehen auch politische Gruppierungen, die unterschiedliche demokratische Tendenzen vertreten.

Die gesamte Bandbreite dieser unabhängigen Institutionen wird von der Regierung nicht anerkannt. Die



einzelnen Organisationen wurden vor kurzem als Mini-gruppen bezeichnet. Am 10. Mai 2002 ist es jedoch eben diesen Minigruppen gelungen 11.020 Unterschriften kubanischer Bürger einzureichen, die eine Volksabstimmung darüber fordern, ob Rechte wie die freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Vereinigungsrecht, freie Religionsausübung und private Wirtschaftsbetätigung nicht auch in Kuba gelten sollen. Weiterhin wird in der Aktion auch eine allgemeine Amnestie für alle politischen Gefangenen gefordert. Bisher sind die aufgezählten Rechte von der gegenwärtigen Diktatur beschnitten. Zu dieser Initiative ist von Bürgerrechtlern auf der Insel selbst aufgefordert worden, zu denen auch die Begründer des Varela-Projekts gehören. Elftausend Unterschriften wurden unter großen Opfern von denen gesammelt, die die tatsächlich auf der Insel herrschende Wirklichkeit erkannt haben. Die psychologische Realität der Repression unter der der Kubaner lebt, hat ihm eine geradezu panische Angst davor eingepflegt. Er traut sich nicht die Wahrheit laut zu äußern aus Angst vor den Repressalien des Regimes. Unter diesen Umständen war die Unterzeichnung eines Dokuments wie es das Varela-Projekt darstellt, für viele eine Form sich aus der Umklammerung der Angst zu befreien und einen ersten Schritt in Richtung Meinungsäußerung zu tun.

Auf der anderen Seite mussten sich die Bürgerrechtler, denen keine Massenmedien zur Verfügung standen und die nur wenige Transportmöglichkeiten besaßen, allein auf Mundpropaganda verlassen, um die Ziele des Varela-

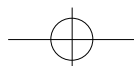


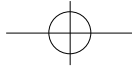
Projekts zu verbreiten. Es handelt sich um Tausende von Kubanern, die mit ihren realen Lebensbedingungen unzufrieden sind. Allerdings hat das Regime auch hier vorgebaut und ihnen die Überzeugung eingebläut, dass die einzige Lösung darin besteht, das Land zu verlassen. Die Bürgerrechtler, die sich für die Demokratie von Kuba einsetzen, erklären den Kubanern dagegen, dass auch innerhalb des Landes und trotz der Kontrollen des Staates ein Weg zu den ersehnten Veränderungen führt.

Die vorgeschlagenen Reformen, für die sich heute die kubanischen Demokraten einsetzen, suchen die Veränderungen in der Gesellschaft von unten her, von der Basis selbst, vom Bürger aus, voranzutreiben. Dabei gehen sie von der Machtstruktur in Kuba aus, die pyramidenartig aufgebaut ist. Die verfolgte Strategie besteht darin, die Basis dieser Pyramide so weit zu öffnen, dass die Machtspitze in sich zusammenfällt, weil die sie tragenden Säulen, nämlich die Kontrollmechanismen, auf die sie sich stützen, in sich zusammenfallen.

In der Überzeugung, dass die tatsächliche Autorität beim Volke - bei den Bürgern - liegt und dass die eigentliche Souveränität eines Landes allein an dem Grad der Freiheit, den ihre Bürger genießen, zu messen ist, wird der nationalistische, populistische und apokalyptische Diskurs des Regimes angesichts der sozialen Wirklichkeit des Landes entlarvt.

Die kubanische Regierung behauptet mit ihrer Politik den Vereinigten Staaten die Stirn zu bieten und so die Hoheit Kubas zu verteidigen. Wie kann aber ein Land souverän



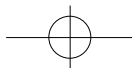


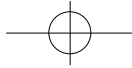
sein, wenn die Grundrechte der Bürger verletzt werden? Wie können die Machthaber des Regimes den Sozialismus als Ideologie verteidigen, während das Militär die einzigen Unternehmer sind, der Dollar die Hauptwährung des Landes darstellt, während die Arbeiter in kubanischen Pesos entlohnt werden und zudem die Kubaner keinen Zugang zu Hotels, Stränden und Hospitälern haben, die den Touristen vorbehalten bleiben, so dass eine Art öffentliche Apartheid gegen die Bevölkerung des Landes betrieben wird?

Das Regime der Insel ist in die Widersprüchlichkeiten verstrickt, denen jede Diktatur zum Opfer fällt. Tatsache ist, dass das einzige Ziel und der alleinige Zweck des Regimes von Fidel Castro darin besteht, sich um jeden Preis an der Macht zu halten.

Den kubanischen Demokraten ist es gelungen, nach und nach das Bewusstsein der Bürger über die Mobilisierung der zivilen Gesellschaft zu wecken, die der Staat in all diesen Jahren zersprengt hatte. Diese Mobilisierung ist nicht nur grundlegend für den Befreiungsprozess, sondern weitaus wichtiger noch für den Übergangsprozess zur Demokratie, dessen Rolle so wichtig bei dem erfolgreichen Übergang zur Demokratie in Osteuropa war.

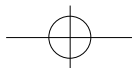
Ich sagte eingangs, dass Kuba eine Art Versuchskaninchen in Lateinamerika darstellt. Diese Behauptung ist so zu verstehen, dass unser Beispiel wichtig für andere Länder unserer Region war und ist. Wichtig ist es zunächst insofern, als das sozialistische Experiment, das Castro versucht hat zu errichten, gescheitert ist. Es stellt keine Lösung für die Länder dar, sie sich heute dem Angriff der Korruption

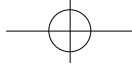




in der öffentlichen Verwaltung ausgesetzt sehen sowie der populistischen Politik zahlreicher demokratisch regierter lateinamerikanischer Länder. Heute ist Kuba wirtschaftlich und technologisch rückständiger als die meisten seiner Nachbarn. Der Bürger sieht sich durch das Joch des Staates in seiner Würde verletzt und in seinen Rechten durch Repression und ständiger Anfeindung beschnitten. Kuba ist das klarste Beispiel eines ineffizienten, paternalistischen Staates, der seine Bürger unterdrückt. Das Land steht auch für das Scheitern einer Ideologie, welche die Bedeutung des Menschen als Mittelpunkt der Geschichte und des Fortschrittes ignoriert. Wenn der Staat der Gesellschaft den öffentlichen Raum nimmt, kann es nie zu einer Lösung der Probleme kommen, weil es gerade der freie Austausch der Ideen ist, der die Gestaltung und die Umsetzung der Träume ermöglicht und eine Gesellschaft reifen und über sich hinauswachsen lässt.

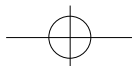
Ein weiterer wichtiger Aspekt, den das kubanische Phänomen in die lateinamerikanische Debatte einbringen kann, ist die Bedeutung der zivilen Gesellschaft, der Nichtregierungsorganisationen und der freien Bürgerinitiativen. Nie zuvor wurde dem Castro-Regime ein so schwerer Schlag versetzt, wie mit der Unterschriftensammlung, die zur Folge hatte, dass am 10. Mai 2002 elftausendzwanzig Kubaner ihren Wunsch nach Veränderungen und nach einer öffentlichen Diskussion der Probleme der Insel zum Ausdruck brachten. Das Schweigen des Regimes, die nach Abgabe der Unterschriften und die danach gestartete Gegenpropaganda zeigt, wie schwach Diktaturen sind, wenn

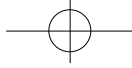




sie hinterfragt und mit der Wahrheit konfrontiert werden. Fühlte sich Castro tatsächlich so stark in seiner Macht, würde er sich der Herausforderung stellen. Allerdings weiß er sehr wohl, dass diese elftausend Kubaner nur die Spitze des Eisberges sind und dass es viele Tausende von Bürgern gibt, die zum geeigneten Moment ihre Rechte einfordern werden. So zieht es das Regime vor zu schweigen und versucht die internationale öffentliche Aufmerksamkeit abzulenken. Diese Erfahrung zeigt auch den demokratischen Ländern in Lateinamerika auf, wie wichtig für das Aufrechterhalten der Freiheiten in einem Land die Stärkung der zivilen Gesellschaft und die Ausweitung des öffentlichen Diskussionsraums sind. Die zivile Gesellschaft und die öffentliche Meinung sowie die Bürgerbeteiligung an den nationalen Themen bilden eine wichtige Barriere gegen die Übergriffe der Regierung und der öffentlichen Verwaltung.

Kuba wird seine Freiheit über die Anstrengungen der freiheitsliebender Kubaner selbst erzielen. Dessen sind wir uns gewiss. Wenn der Terror und die Zwangsherrschaft, die unsere Familien über drei Generationen lang erlitten haben, vorüber sind, wird die Welt das tatsächliche Gesicht der Castro-Diktatur kennen lernen und wird dann verstehen, wofür wir kämpfen. Bis dahin aber dürfen wir unsere Wahrheit nicht verschweigen. Damit stehen wir nicht nur denjenigen gegenüber in der Pflicht, die ihr Leben im Kampf um die Freiheit gelassen haben. Wir haben diese Verpflichtung auch gegenüber unseren Brüdern, damit dort das Verständnis wächst, für das was in Kuba geschehen ist und auch ihnen leicht widerfahren





kann. Sie brauchen nur auf das Beispiel Nicaraguas und Venezuelas zu sehen. Die Freiheit und die Rechte der Bürger eines Landes müssen das oberste Interesse der Regierungen sein und dürfen nicht von Ideologien oder Formeln, die sie versuchen auszuschalten, belastet werden.

